

Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen,
Wirtschaft und Grundsatzfragen

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Annika Kuhlmann
annika.kuhlmann@kassel.de
Telefon 0561 787 1224
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
D3.182

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

6. Oktober 2022
1 von 1

Guten Tag,

aufgrund des Antrages der Fraktion DIE LINKE gemäß § 17 (3) der
Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel lade ich zur
21. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen gemeinsam mit dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und
Sport ein für

Donnerstag, 13. Oktober 2022, 15:00 Uhr,
Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel.

**Während der Sitzung sind die allgemeinen Hygieneregeln einzuhalten, und
das Tragen einer medizinischen Maske (OP-Masken oder Schutzmaske der
Standards FFP2) wird empfohlen.**

Tagesordnung:

- 1. Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten
Einwohnerenergiegeldes sicherstellen**
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Berichterstatte/in: Stadtverordnete Jenny Schirmer
- 101.19.614 -
(gleichzeitig im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport)

Freundliche Grüße

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Niederschrift

über die 21. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen gemeinsam mit dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport
am Donnerstag, 13. Oktober 2022, 15:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

27. Oktober 2022

1 von 5

Anwesende:

Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne

Wolfgang Decker, 1. stellvertretender Vorsitzender, SPD

Sophie Eltzner, Mitglied, B90/Grüne

Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne

Steffen Müller, Mitglied, B90/Grüne

Gernot Rönz, Mitglied, B90/Grüne

Ramona Kopec, Mitglied, SPD

Sabine Wurst, Mitglied, SPD

(Vertretung für Patrick Hartmann)

Dominique Kalb, Mitglied, CDU

Annette Knieling, Mitglied, CDU

(Vertretung für Dr. phil. Michael von Rüden)

Nicole Siebrecht, Mitglied, CDU

(Vertretung für Maximilian Bathon)

Violetta Bock, Mitglied, DIE LINKE

(Vertretung für Miriam Hagelstein)

Sabine Leidig, Mitglied, DIE LINKE

Matthias Nölke, Mitglied, FDP

(Vertretung für Sascha Bickel)

Sven René Dreyer, Mitglied, AfD

Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport

Norbert Sprafke, Vorsitzender, SPD

Mustafa Gündar, 2. stellvertretender Vorsitzender, B90/Grüne

Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne

(Vertretung für Julia Herz)

Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne

Steffen Müller, Mitglied, B90/Grüne

(Vertretung für Anja Lipschik)

Petra Ullrich, Mitglied, SPD

Volker Zeidler, Mitglied, SPD

(Vertretung für Esther Kalveram)

Annette Knieling, Mitglied, CDU

Holger Römer, Mitglied, CDU

ab 15:35 Uhr

Nicole Siebrecht, Mitglied, CDU

(Vertretung für Jutta Schwalm)

Jenny Schirmer, Mitglied, DIE LINKE

Matthias Nölke, Mitglied, FDP

(Vertretung für Manuela Ernst)

Norbert Hansmann, Mitglied, AfD

Teilnehmer mit beratender Stimme

2 von 5

Mirko Düsterdieck, Stadtverordneter, parteilos
Semra Yazicioglu, Vertreterin des Ausländerbeirates
Chucks-Lewis Samuel-Ehiwario, Vertreter des Ausländerbeirates
Dr. Thomas Nöcker, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat

Christian Geselle, Oberbürgermeister, SPD
Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD

Schriftführung

Annika Kuhlmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Thorsten Bork, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Dr.-Ing. Norbert Wett, Mitglied, CDU
Helga Engelke, Vertreterin des Seniorenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Stefan Rios, Amt für Kämmerei und Steuern
Timo Vogt, Amt für Kämmerei und Steuern
Jörg Stenger, Revisionsamt

Tagesordnung:

- 1. Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen** 101.19.614

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 6. Oktober 2022 ordnungsgemäß einberufene 21. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen gemeinsam mit dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

1. Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen

3 von 5

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- 101.19.614 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister und die zuständigen Amtsleiter berichten im Ausschuss zu den Informationsgrundlagen und Kontakten zum Bundesarbeitsministerium in punkto Rechtssicherheit, während der Vorbereitung und Umsetzung des EEG und setzt die Ausschüsse in Kenntnis ab wann er von der Anrechenbarkeit des Zuschusses auf das Einkommen von Transferleistungsbezieher*innen wusste.
2. Als Ergänzung zum bisherigen Beschluss zum Einwohnerenergiegeld wird 2022 zusätzlich ein Notfallfonds eingerichtet, über den Menschen im Transferleistungsbezug das EEG niedrigschwellig und rechtssicher beantragen können, so dass es nicht als Einkommen angerechnet wird. So wird sichergestellt, dass der Entscheidung der Stadtverordneten zu dem Thema EEG, nämlich dieses Geld für alle Einwohner*innen mit Erstwohnsitz in Kassel zugänglich zu machen -unabhängig von der Einkommenssituation-, Rechnung getragen wird.

Wohlsituierte Menschen, die den Zuschuss nicht benötigen, können das Geld zudem in den Notfallfonds übertragen. Weiterhin wird vorsorglich im Jahr 2022 ein Teil des EEG Topfes in den Notfallfonds transferiert, in Anlehnung an eine Hochrechnung der zuständigen Verwaltungsstellen zum erforderlichen Volumen in Bezug auf die aktuelle Zahl der Transferleistungsbezieher*innen in der Stadt Kassel.

Stadtverordnete Bock, Fraktion DIE LINKE, begründet den Antrag ihrer Fraktion. Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, beantragt im Laufe der Diskussion die absatzweise Abstimmung des Antrages.

Der Antrag wird absatzweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für **Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen** fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP

Enthaltung: AfD

den

Beschluss

4 von 5

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE betr. Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen, 101.19.614, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für **Soziales, Gesundheit und Sport** fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP

Enthaltung: AfD

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE betr. Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen, 101.19.614, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für **Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen** fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP

Enthaltung: AfD

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE betr. Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen, 101.19.614, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für **Soziales, Gesundheit und Sport** fasst bei

5 von 5

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP

Enthaltung: AfD

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE betr. Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen, 101.19.614, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Hesse

Ende der Sitzung: 16:05 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.19.614

30. September 2022
1 von 2

Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen und in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister und die zuständigen Amtsleiter berichten im Ausschuss zu den Informationsgrundlagen und Kontakten zum Bundesarbeitsministerium in punkto Rechtssicherheit, während der Vorbereitung und Umsetzung des EEG und setzt die Ausschüsse in Kenntnis ab wann er von der Anrechenbarkeit des Zuschusses auf das Einkommen von Transferleistungsbezieher*innen wusste.
2. Als Ergänzung zum bisherigen Beschluss zum Einwohnerenergiegeld wird 2022 zusätzlich ein Notfallfonds eingerichtet, über den Menschen im Transferleistungsbezug das EEG niedrigschwellig und rechtssicher beantragen können, so dass es nicht als Einkommen angerechnet wird. So wird sichergestellt, dass der Entscheidung der Stadtverordneten zu dem Thema EEG, nämlich dieses Geld für alle Einwohner*innen mit Erstwohnsitz in Kassel zugänglich zu machen -unabhängig von der Einkommenssituation-, Rechnung getragen wird.

Wohlsituierte Menschen, die den Zuschuss nicht benötigen, können das Geld zudem in den Notfallfonds übertragen. Weiterhin wird vorsorglich im Jahr 2022 ein Teil des EEG Topfes in den Notfallfonds transferiert, in Anlehnung an eine Hochrechnung der zuständigen Verwaltungsstellen zum erforderlichen Volumen in Bezug auf die aktuelle Zahl der Transferleistungsbezieher*innen in der Stadt Kassel.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hat in Ihrer Sitzung im Juli das Einwohnerenergiegeld beschlossen, allerdings sind die Informationsgrundlagen zur Zustimmung im Juli nach neusten Erkenntnissen nun fraglich (siehe HNA vom 30.09 und die aktualisierten FAQ vom 29.09.2022 zum Einwohnerenergiegeld der Stadt Kassel). In der Sitzung gilt es eine Aufklärung der Stadtverordneten zu leisten und eine Lösung herbeizuführen, sodass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung auch korrekt umgesetzt werden kann.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Jenny Schirmer

gez. Sabine Leidig
Fraktionsvorsitzende

gez.